

Mitgliederinformation

zum Treffen des Vorstands des **h**lb****Hessen mit dem Arbeitskreis für Wissenschaft und Kunst der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag am 16. Mai 2017



Gespräch mit der CDU-Fraktion: (v.l.) Andreas Hofmeister, Jürgen Banzer, Christian Richter-Ferenczi, Professor Dr. Klaus Behler und Karin Wolff

Nach der erheblichen Ausweitung der Studierendenzahlen den erfolgreichen Abschluss des Studiums in den Blickpunkt zu rücken – diese Herausforderung war ein zentraler Punkt der Diskussion des **h**lb****Hessen mit dem Arbeitskreis für Wissenschaft und Kunst der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag.

Die mangelnde Ausstattung mit Personal bei den Professuren und im wissenschaftlichen Mittelbau, aber auch die teilweise fehlenden Einstiegskompetenzen der Studenten benannte Professor Dr. Klaus Behler, Vorsitzender des **h**lb****Hessen, als zentrale Probleme und verwies auf den Spagat, in dieser Situation das hohe Niveau zu halten, das die Wirtschaft einfordere.

„Ich halte es zudem für den falschen Weg, die Höhe der Finanzierungsmittel allein an der Zahl der Studierenden festzumachen, die an der entsprechenden Hochschule ein Studium aufnehmen.“ Diese Steuerung führe beispielsweise dazu, dass immer mehr Studiengänge angeboten sowie rein quantitative vor qualitative Zielsetzungen gesetzt würden. Ein weiteres Problem insbesondere im Hochschulpakt HSP2020: Der spätere Wechsel zahlreicher Studenten beispielsweise von einer Universität zu einer Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) würde in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt, denn dort würde als Bemessungsgrundlage sogar das 1. Hochschulsemester angesetzt. Dies bedeutet, dass eine Vielzahl von Studienanfängern an Universitäten dort im Budget berücksichtigt würde – auch bei einem späteren Wechsel an die HAW, ohne der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Aufwendungen für die akademische Ausbildung dann die HAW aufzubringen hätten.

Karin Wolff, Vorsitzende des Arbeitskreises und hochschulpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, die gemeinsam mit den Bildungsexperten Jürgen Banzer, Andreas Hofmeister, Armin Schwarz sowie dem Referenten Christian Richter-Ferenczi an dem Austausch teilnahm, sicherte zu, dass im Rahmen der Fortführung des Hochschulpaktes entsprechende Anpassungen geplant seien. Zudem wiesen die Mitglieder des Arbeitskreises darauf hin, dass die Zuschüsse des Landes an die hessischen Hochschulen seit dem Jahr 1998 von 0,963 Milliarden Euro auf rund 1,62 Milliarden Euro im Jahr 2017 stetig erhöht worden sind. Für den Doppelhaushalt seien weitere Steigerungen vorgesehen. Hinzu kämen Mittel aus dem Forschungsförderprogramm LOEWE (seit 2008 rund 670 Millionen Euro) und dem hessischen Hochschulbauprogramm HEUREKA mit projektierten 4 Milliarden Euro von 2008 bis 2026. Dies verbessere die Position Hessens im Standortwettbewerb deutlich.

In Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von Studiengängen wies Wolff auf die Überforderung vieler Studienanfänger durch die vielfältige Palette an Angeboten hin und plädierte für ein breites Grundstudium vor einer Spezialisierung. „Wir würden uns wünschen, dass der Hochschullehrerbund uns hierbei unterstützt.“ Von seitens des **h**lb****Hessen wird eine deutlichere Profilierung von Studienprogrammen als notwendig erachtet, allerdings seien hier die Hochschulen im Rahmen von Lehre und Forschung gefragt. Durch die Landesregierung

könnte hier eine Entwicklung durch die Änderung der geschilderten Rahmenbedingungen unterstützt werden.

Der Arbeitskreis teilte die Auffassung des Hochschullehrerbundes, dass die Wertschätzung des dualen Systems und einer beruflichen Ausbildung wieder gestärkt werden müsse. „Wir müssen uns grundsätzlich mit der Balance zwischen Hochschulausbildung und Berufsausbildung auseinandersetzen“, betonte Wolff. „Wir machen uns zudem dafür stark, dass der Bund-Länder-Hochschulpakt fortgeführt wird, zumal die Zahl der Studienanfänger entgegen früherer Prognosen bis 2025 nur geringfügig absinken wird. Wir wissen, dass die Hochschulen in Deutschland hier Planungssicherheit brauchen.“